

Formulierungshilfen für die sozialrechtliche Praxis

SGB II - SGB XII - Verfahren

Bearbeitet von
Dr. Sebastian Herbst, Katharina Luhn

2. Auflage 2017. Buch. 504 S. Softcover
ISBN 978 3 8487 3481 8

[Recht > Sozialrecht](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Herbst | Luhn

Formulierungshilfen für die sozialrechtliche Praxis

SGB II | SGB XII | Verfahren

2. Auflage



Nomos

Dr. Sebastian Herbst

Richter am Sozialgericht, Nordhausen

Katharina Luhn

Richterin am Sozialgericht,

z.Zt. Thüringer Landessozialgericht

Formulierungshilfen für die sozialrechtliche Praxis

SGB II | SGB XII | Verfahren

2. Auflage



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-3481-8

2. Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Seit dem Erscheinen der Erstauflage sind kaum zwei Jahre vergangen und dennoch wurde aufgrund verschiedener Gesetzesänderungen und vielfältiger neuer obergerichtlicher Rechtsprechung eine Neuauflage unserer *Formulierungshilfen für die sozialrechtliche Praxis* erforderlich.

Eingearbeitet wurden zum einen die Gesetzesänderungen – hier allen voran die mit Wirkung zum 1.8.2016 bzw. 1.1.2017 erfolgten Neuerungen im Bereich des SGB II. So waren Änderungen bei der Ermittlung der Regelbedarfe, Neuerungen insbesondere in Sachen vorläufige Bewilligung, Leistungsausschluss für Ausländer, Leistungsberechtigung für Auszubildende, Einkommen und Kosten der Unterkunft in die Neuauflage zu implementieren. Gleiches gilt für die neuen Einkommens- und Vermögensfreibeträge infolge des Bundesteilhabegesetzes im SGB XII – wobei aus Gründen der Übersichtlichkeit die sich erst zum Jahr 2018 resp. 2020 ergebenden inhaltlichen Änderungen im Bereich des SGB XII (v.a. im Bereich der Eingliederungshilfe) in dieser Auflage noch ausgespart wurden.

Weiter waren aktuelle höchstrichterliche Entscheidungen in Sachen Verfahrensrecht, Mehrbedarfe, Kosten der Unterkunft und Heizung, Sanktionen etc. aufzunehmen und dabei im Gegenzug nunmehr weniger praxisrelevante Rechtsprechung auszuklammern. Berücksichtigt wurde dabei auch eine weitere Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23.7.2014, mit der die Verfassungsmäßigkeit der Regelbedarfe grundsätzlich festgestellt wurde – dabei aber zur Regelbedarfsstufe 5 (6–14 Jahre) keine Aussage erfolgte.

Die 2. Auflage der Formulierungshilfen berücksichtigt unter anderem:

- die Änderungen der Rechtslage durch die „Rechtsvereinfachungsnovelle“,
- das neue Regelbedarfsermittlungsgesetz 2016,
- die Änderungen für Ansprüche ausländischer Personen durch das Gesetzes zur Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II und in der Sozialhilfe nach dem SGB XII,
- die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sowie
- die aktuelle Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (u.a. zur Bestimmtheit von Aufhebungs- und Erstattungsbescheiden, zu den Kosten der Unterkunft und Heizung, zu Eingliederungsvereinbarungen und zu Sanktionen).

Den allgemein sehr positiven Resonanzen und Rezensionen folgend, haben wir am bewährten Aufbau des Buches und seiner Schwerpunktsetzung festgehalten. Anmerkungen und Hinweise wurden ebenso berücksichtigt, wie dem Leser durch die optische Hervorhebung der Muster die Arbeit mit dem Buch erleichtert wurde.

Im Autorenstamm gab es Veränderungen. Die Dres. Braune und Schneider sind als verantwortliche Autoren ausgeschieden und derzeit in der ordentlichen Gerichtsbarkeit als Richter tätig. Dr. Schneider hat sich jedoch dankenswerterweise bereitgefunden, dass Unterkapitel „Vollstreckung“ zu aktualisieren. Das Hinzukommen der Mitautorin Luhn als Richterin der Sozialgerichtsbarkeit gewährleistet, dass das hohe Niveau der Voraufgabe gehalten wird.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Musterverzeichnis	13
Abkürzungsverzeichnis	17
Literaturverzeichnis	21
A. Allgemeiner Teil	23
I. Verwaltungsverfahren	23
1. Antrag	23
2. Vorläufige Leistungserbringung und endgültige Festsetzung/ abschließende Feststellung	28
3. Überprüfungsantrag	35
4. Widerspruch	42
II. Klageverfahren	50
1. Allgemeine Verfahrensgrundsätze	50
a) Amtsermittlungsprinzip	50
b) Streitgegenstand	51
c) Mindestanforderungen an die Klageschrift	54
d) Klageantrag	55
e) Form und Frist; Wiedereinsetzung in der vorigen Stand	55
f) Beiladung	58
2. Klagearten	59
a) Kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage	59
b) Kombinierte Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	60
c) Isolierte Leistungsklage	61
d) Isolierte Anfechtungsklage	61
e) Feststellungsklage und Fortsetzungsfeststellungsklage	62
f) Untätigkeitsklage	64
3. Prozesskostenhilfe	64
4. Prozesserkklärungen	67
a) Klageänderung	67
b) Klagerücknahme	68
c) Erledigungserklärung	69
d) Vergleich	70
e) (Angenommenes) Anerkenntnis	72
f) Beweisanträge	74
5. Kostengrundantrag	75
6. Kostenfestsetzungsantrag	76
a) Grundlegendes	76
b) Gebührentatbestände	78
c) Gebührenhöhe	81
7. Erinnerung	86
8. Befangenheitsantrag	89
9. Vollstreckung von Entscheidungen	90
a) Titel	91

b) Klausel	91
c) Zustellung	91
d) Durchführung.....	92
aa) Bezifferter Tenor	92
bb) Nicht bezifferter Tenor	100
e) Vollstreckungsvoraussetzungen	100
f) Untätigkeit der Behörde	101
g) Verfahren.....	101
h) Einstweiliges Rechtsschutzverfahren	104
10. Gerichtsbescheid und Entscheidung ohne mündliche Verhandlung	104
a) Gerichtsbescheid	104
b) Entscheidung ohne mündliche Verhandlung	106
11. Antrag auf medizinische Begutachtung nach § 109 SGG	106
III. Einstweiliger Rechtsschutz	110
1. Anordnung der aufschiebenden Wirkung	110
a) Die aufschiebende Wirkung	110
b) Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung (§ 86 b Abs. 1 SGG)	112
aa) Zulässigkeit	112
bb) Begründetheit	112
2. Feststellung der aufschiebenden Wirkung (faktischer Vollzug)	114
3. Einstweilige Anordnung (§ 86 b Abs. 2 SGG)	114
a) Zulässigkeit	115
b) Begründetheit	115
aa) Anordnungsanspruch	115
bb) Anordnungsgrund	116
cc) Keine Vorwegnahme der Hauptsache	116
4. Vollstreckung	117
IV. Rechtsmittel I. Instanz	117
1. Berufung	117
2. Nichtzulassungsbeschwerde	123
a) Allgemeines	123
b) Zulassungsgründe	124
aa) Grundsätzliche Bedeutung	124
bb) Divergenz	125
cc) Verfahrensmangel	125
3. Anschlussberufung	127
4. Beschwerde im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	127
5. Beschwerde im Erinnerungsverfahren	132
6. Beschwerde im PKH-Verfahren	134
7. Anhörungsrüge	138
V. Rechtsmittel II. Instanz	139
1. Revision	139
2. Nichtzulassungsbeschwerde	141
a) Allgemeines	141

b) Zulassungsgründe	142
aa) Grundsätzliche Bedeutung	142
bb) Divergenz	143
cc) Verfahrensmangel	143
3. Anschlussrevision	144
4. Sprungrevision	144
B. Besonderer Teil	146
I. Mitwirkungspflichten	146
1. Allgemeine Mitwirkungspflichten	146
2. Besondere Mitwirkungspflichten nach dem SGB II	161
a) Pflichten des Hilfebedürftigen	161
b) Mitwirkungspflichten des Arbeitgebers	161
c) Mitwirkungspflichten Dritter	161
d) Mitwirkungspflichten bei Eingliederungsleistungen	162
II. Bedarfsgemeinschaft – Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft ..	162
1. Bedarfsgemeinschaft nach dem SGB II	162
2. Besonderheiten beim SGB XII	169
III. Leistungsausschlüsse	170
1. Ausländer	170
a) Einreisende in den ersten drei Monaten	171
b) Ausländer ohne Aufenthaltsrecht oder deren Aufenthaltsrecht sich allein aus dem Zweck der Arbeitssuche ergibt	172
c) Ausländer, die ihr Aufenthaltsrecht aus Art. 10 VO (EU) Nr. 492/2100 ableiten	174
d) Anspruch auf Sozialhilfe als Ermessensleistung bei Eingreifen des Leistungsausschlusses – Überbrückungsleistungen	178
2. Auszubildende	184
3. Stationär Untergebrachte und Altersrentenbezieher	193
a) Stationäre Unterbringung und Krankenhausaufenthalt	193
b) Vollzugsinsassen	198
c) Altersrentenbezieher	199
4. Nicht erreichbare Personen	200
IV. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes – Regelbedarf und Sonderbedarfe	203
1. Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhaltes, § 20 SGB II	204
2. Mehrbedarfe, § 21 SGB II	205
a) Werdende Mütter nach der 12. Schwangerschaftswoche	206
b) Alleinerziehende	206
c) Erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit Behinderung	206
d) Personen mit kostenaufwändiger Ernährung	207
e) Dezentrale Warmwassererzeugung	207
f) Härtefallregelung	208
3. Abweichenden Erbringung von Leistungen, § 24 SGB II	211
a) Regelleistung ist nicht ausreichend	211
b) Regelleistung wird nicht zur Bedarfsdeckung aufgewandt	215

c) Leistungserbringung als Darlehen bei voraussichtlichen Einnahmen oder vorzeitigem Verbrauch einmaliger Einnahmen	215
d) Darlehensweise Leistungserbringung bei fehlender sofortiger Verwertbarkeit des Vermögens	216
4. Einmalige Hilfen, § 24 Abs. 3 SGB II	219
a) Erstaussstattungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten	220
b) Erstaussstattungen für Bekleidung und Erstaussstattungen bei Schwangerschaft und Geburt	226
c) Anschaffung und Reparaturen von orthopädischen Schuhen, Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen sowie die Miete von therapeutischen Geräten	229
5. Leistungen für Bildung und Teilhabe, § 28 SGB II	229
a) Schulausflüge und Klassenfahrten	229
b) Bedarf für die persönliche Schulausstattung	232
c) Schülerbeförderung	233
d) Lernförderung	236
e) Gemeinsame Mittagsverpflegung	236
f) Bedarf zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben	236
g) Erbringung der Leistungen für Bildung und Teilhabe	237
6. Leistungen für Auszubildende, § 27 SGB II	237
7. Besonderheiten beim Sozialgeld, § 23 SGB II	238
8. Leistungsberechtigte in Gemeinschaftsunterkünften	239
9. Regelbedarf – Besonderheit im SGB XII	240
V. Bedarfe für Unterkunft und Heizung, § 22 SGB II	243
1. KdUH bei mehreren Personen	245
2. Angemessenheit der Kosten der Unterkunft und Heizung	248
a) Kosten der Unterkunft	249
aa) Allgemeines	249
bb) Bestimmung der Angemessenheit	267
(1) Satzungslösung	267
(2) Allgemeine Angemessenheitsprüfung	267
(3) Weitere Prüfungskriterien	274
b) Heizkosten	281
aa) Satzungslösung	283
bb) Allgemeine Angemessenheitsprüfung	283
cc) Besonderheiten des Einzelfalls	287
dd) Kostensenkungsaufforderung	294
c) Gesamtangemessenheitsgrenze	297
d) Verzicht des Leistungsträgers auf Kostensenkungsbemühungen	298
3. Instandhaltung und Reparatur bei selbst bewohntem Wohneigentum	298
4. Umzug in eine andere Wohnung	305
a) Umzug allgemein	305
aa) Zusicherungserfordernis	305

bb) Unter 25-Jährige	312
b) Wohnungsbeschaffungskosten, Mietkautionen und Umzugskosten	315
aa) Allgemeines	315
bb) Wohnungsbeschaffungskosten	316
cc) Umzugskosten	316
dd) Mietkaution und Genossenschaftsanteile	316
5. Mietzahlung direkt an den Vermieter	316
6. Mietschulden	320
7. Ausländische Leistungsberechtigte mit Wohnsitzauflage	323
VI. Einkommen	324
1. Bedeutung des Einkommen und allgemeine Berechnungsgrundsätze	324
2. Differenzierung von Einkommen und Vermögen – Zuflussprinzip	328
3. Einkommensbegriff	332
4. Kindergeld als Einkommen	333
5. Einkommen als „bereite Mittel“ – insbesondere Darlehenszahlungen durch Dritte	336
6. Einkommensbereinigung	343
7. Nicht zu berücksichtigende Einnahmen	358
8. Die „gemischte Bedarfsgemeinschaft“	363
9. Erwerbseinkommen	367
a) Einkommen aus unselbstständiger Tätigkeit	367
b) Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit	369
10. Wohngeldanrechnung/andere Sozialleistungen	375
11. Einkommen – Besonderheiten beim SGB XII	378
VII. Vermögen	382
1. Vermögensbegriff	382
2. Freibeträge	388
3. Nicht zu berücksichtigendes Vermögen	389
4. Vermögen – Besonderheiten beim SGB XII	390
VIII. Eingliederungsleistungen	395
1. Grundsatz des Förderns	396
2. Eingliederungsvereinbarung	399
3. Eingliederungsvereinbarung ersetzender Verwaltungsakt	403
4. Leistungen zur Eingliederung (§ 16 SGB II)	404
5. Kommunale Eingliederungsleistungen (§ 16 a SGB II)	409
6. Einstiegsgeld und Leistungen zur Eingliederung Selbstständiger (§§ 16 b und 16 c SGB II)	413
7. Förderung schwer zu erreichender junger Menschen	422
IX. Zuschuss zu Versicherungsbeiträgen	422
X. Sanktionen	423
1. Allgemeines	423
2. Rechtsfolgenbelehrung	427
3. Pflichtverletzungen	433

4. Meldeversäumnisse	439
XI. Aufhebung und Erstattung	445
1. Die Ermächtigungsgrundlage	445
2. Formelle Rechtmäßigkeit	450
a) Bestimmtheit	450
b) Anhörung	459
3. Besonderheiten im Rahmen des SGB II und SGB XII	463
a) Besonderheiten im Rahmen des § 44 SGB X	463
b) Besonderheiten im Rahmen der §§ 45 und 48 SGB X	464
c) Problematische Anwendungsfälle	468
aa) KdU-Endabrechnung	469
bb) Vorrang von Erstattungsansprüchen	472
4. Besonderheiten bei der Erstattung (§ 50 SGB X)	472
5. Aufrechnung.....	475
a) Aufrechnung nach Darlehensgewährung	475
b) Aufrechnung bei Erstattungsansprüchen	476
6. Aufschiebende Wirkung und behördliche Vollstreckung	480
7. Ersatzansprüche	482
a) Ersatzanspruch bei sozialwidrigem Verhalten (§ 34 SGB II).....	482
b) Ersatzanspruch für rechtswidrig erbrachte Leistungen (§ 34 a SGB II)	485
c) Kostenersatz im SGB XII.....	488
aa) Kostenersatz durch Erben (§ 102 SGB XII)	488
bb) Kostenersatz bei schuldhaftem Verhalten (§ 103 SGB XII)	491
cc) Kostenersatz für zu Unrecht erbrachte Leistungen (§ 104 SGB XII)	494
dd) Kostenersatz bei Doppelleistung (§ 105 SGB XII)	496
Stichwortverzeichnis	497